

**Christian Lindner MdL**

Landes- und Fraktionsvorsitzender  
der FDP in Nordrhein-Westfalen

**Marco Buschmann MdB**

Kommissarischer Generalsekretär  
der FDP in Nordrhein-Westfalen

# **Für die verantwortungsbereite Mitte**

**Strategische Überlegungen  
für Landesvorstand, Landtagsfraktion und Landesgruppe im Deutschen Bundestag  
zur Positionierung der nordrhein-westfälischen FDP**

## I. Die nordrhein-westfälische FDP – eigenständige Kraft der Freiheit

### 1. Unser Auftrag

In der Mitte unserer Gesellschaft übernehmen viele Millionen Menschen jeden Tag Verantwortung für sich und andere. Gemeinsam erwirtschaften sie Deutschlands Wohlstand. Sie fordern, dass ihre Anstrengungen durch sozialen Aufstieg belohnt werden. Sie sorgen sich um die bestmögliche Ausbildung ihrer Kinder. Sie engagieren sich im Ehrenamt oder pflegen Familienangehörige. Vielfalt empfinden sie als Bereicherung, aber sie wollen nicht, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Sie akzeptieren soziale Unterschiede dann, wenn jeder eine faire Chance erhält. Weil sie über ihr Leben selbst bestimmen wollen, lehnen sie Bevormundung ab. Aber sie fordern den Schutz des Staates bei den Lebensrisiken, die über die eigenen Kräfte hinausgehen: entfesselte Finanzmärkte, Umweltzerstörung oder Gewalt. Sie fühlen sich als Europäer. Von der Politik erwarten sie keine Rituale oder teure Versprechungen, sondern die Beschäftigung mit den wesentlichen Fragen der Zeit. Diese Bürgerinnen und Bürger sind die **verantwortungsbereite Mitte** Deutschlands.

Viele dieser Menschen haben uns bei der Landtagswahl am 13. Mai 2012 wieder ihr Vertrauen geschenkt. Für uns ist das Verpflichtung und Auftrag zugleich: Wir arbeiten für die verantwortungsbereite Mitte. Unsere Sympathie und unsere Unterstützung gehören dabei jenen, die noch nicht mit ihrer Lebenssituation zufrieden sein können und den Aufstieg in die Mitte erst noch schaffen wollen.

### 2. Unser Kompass

Die nordrhein-westfälische FDP ist die politische Kraft der Freiheit: Wir stehen für die **Selbstbestimmung des Einzelnen** durch **Soziale Marktwirtschaft**, **Rechtsstaatlichkeit** und **Toleranz**.

Das haben Liberale aus Nordrhein-Westfalen von der ersten Stunde unseres Landes an bewiesen: Während CDU-Politiker wie Karl Arnold noch der Planwirtschaft anhängen, hat die FDP für die Soziale Marktwirtschaft gekämpft. Als sich in der SPIEGEL-Affäre Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit zu bewähren hatten, da bewies sich der nordrhein-westfälische FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Döring als unabhängiges Korrektiv für die Grundrechte. Als andere noch gar nicht erkannt hatten, dass es klug ist, sich aktiv um die Integration kultureller und ethnischer Vielfalt zu kümmern, da hatte sich die nordrhein-westfälische Liberale Liselotte Funcke als Ausländerbeauftragte der Bundesregierung bereits den Ehrentitel eines „Engel der Türken“ verdient. In dieser Tradition haben nordrhein-westfälische Liberale Deutschland immer wieder auf dem erfolgreichen Kurs der politischen Mitte gehalten: Otto Graf Lambsdorff, Hans-Dietrich Genscher und Gerhart-Rudolf Baum haben mit Wort und Tat das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft mit einer weltoffenen und europäischen Orientierung sowie gesellschaftlicher Liberalität durch den Schutz unserer bürgerlichen Freiheiten verbunden.

Die Tradition gibt uns Orientierung in der Gegenwart. Denn wir sind **zuerst die liberale Partei** mit einem Wächteramt für Soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz, erst **danach sind wir ein potenzieller Koalitionspartner**. Das ist unsere Strategie der Eigenständigkeit.

### 3. Unsere Chance

Die anstehenden Wahlen sind auch Auseinandersetzungen um **Fragen der Haltung**:

- Wir verteidigen die Soziale Marktwirtschaft, während andere wieder den Staat planen lassen wollen.
- Wir setzen auf das Erwirtschaften des Wohlstands, den andere nur neu verteilen wollen.
- Wir sichern Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Privatheit, die andere durch Bevormundung, Verbotskultur und unverhältnismäßige Sicherheitsgesetze beschneiden wollen.

Unsere Klarheit ist unsere Chance.

## II. Die verantwortungsbereite Mitte

### 1. Verantwortung als Frage der Haltung

Die verantwortungsbereite Mitte besteht aus Menschen, die sich jeden Tag aus Verantwortung für sich und andere in die Gesellschaft einbringen. Es sind Menschen, die sich nicht in der Bequemlichkeit des Status Quo ausruhen, sondern mit Fleiß und neuen Ideen ihr eigenes Leben und das ihrer Mitmenschen voranbringen wollen. Die verantwortungsbereite Mitte definiert sich **nicht über Einkommen oder Schichten, sondern über die Haltung, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen**: Die Krankenschwester, die sich trotz hoher Arbeitsbelastung mit Empathie um ihre Patienten kümmert, gehört genauso zur verantwortungsbereiten Mitte wie der Unternehmer, der mit großer Einsatzfreude und persönlichem Risiko Arbeitsplätze schafft. Die Lehrerin, die ihren Beruf nicht an der bloßen Erledigung von Lehrplänen misst, sondern die individuelle Entwicklung ihrer Schüler als permanente Herausforderung begreift, ist ebenso Teil der verantwortungsbereiten Mitte wie der Rentner, der sich neben seinem verdienten Ruhestand ehrenamtlich in einem Verein engagiert.

Die verantwortungsbereite Mitte Deutschlands bewährt sich jeden Tag. Sie erwirtschaftet in der Sozialen Marktwirtschaft den Wohlstand unseres Landes. Dieser Wohlstand entsteht in der Sozialen Marktwirtschaft durch Kooperation. Denn nur wer Situationen entdeckt, die für sich und für andere einen gemeinsamen Vorteil bedeuten, wird sich im Wettbewerb bewähren: Nur der Ingenieur, der eine Maschine entwickelt, die für andere einen Nutzen hat, wird damit auf Interesse stoßen. Nur der Software-Entwickler, der ein Programm schreibt, das sich von anderen gut bedienen lässt, wird dafür Abnehmer finden. Nur dem Händler mit den Tugenden des ehrbaren Kaufmanns werden auf Dauer seine Kunden vertrauen. Deshalb ist der Leistungswettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft um die besten Produkte, Innovationen und Dienstleistungen nicht der kaltschnäuzige Kampf aller gegen alle, als den ihn die politische Linke stets zu brandmarken versucht. **Wettbewerb ist vielmehr ein echter „Sozialpakt“** (Viktor Vanberg). Denn er belohnt das Gelingen von Kooperation und trägt dadurch zum Wohlstand für alle bei.

Die verantwortungsbereite Mitte Deutschlands weiß, dass dieser Wettbewerb zum Vorteil aller nur in Freiheit gelingen kann. Nur wenn Kunden sich die Produkte frei aussuchen können, die sie kaufen möchten, werden die Hersteller versuchen, die Kundenwünsche zu erfüllen und damit den gemeinsamen Vorteil für sich und ihre Kunden zu erfüllen. Nur in einer freien Gesellschaft herrscht ein **Klima der Offenheit, der Innovation und der Meinungsfreiheit**; und nur ein solches Klima bringt die Kreativität hervor, um auf neue Herausforderungen mit neuen Lösungen zu antworten. Nur in einer freien Gesellschaft kann sich der Einzelne den vielen verschiedenen – teils widersprüchlichen – Anforderungen, denen er durch Verantwortung für sich und andere – zwischen Beruf und Familie, Freunden und Nachbarn, Vorgesetzten und Mitarbeitern – ausgesetzt ist, menschenwürdig und erfolgreich durch eigene Abwägungsentscheidungen stellen.

Die verantwortungsbereite Mitte möchte nicht, dass ihre Freiheit durch überbordende Bürokratie und staatliche Zeigefingerpolitik beeinträchtigt wird. Sie möchte nicht, dass ihr Leben zu einem Versuchslabor für Ideologien wird. Sie verlangt vielmehr nach einem **Handlungsrahmen für ein selbstbestimmtes Leben**. Denn Berufe wechseln heute schneller, verlangen nach lebenslangem Lernen sowie zeitlicher und räumlicher Flexibilität. Partnerschaft und Familie sind heute weit vielfältiger als noch vor wenigen Jahrzehnten und verlangen mehr Planung und Koordination, um gleichberechtigt gemeinsame Pläne zu verwirklichen. Für die Versorgung im Alter kann der Staat allein heute keine verlässliche Garantie mehr abgeben. Zu all diesen Herausforderungen soll nicht auch noch ein Staat kommen, der meint, alles besser zu wissen, und damit das Leben noch komplizierter macht.

Die verantwortungsbereite Mitte möchte, dass ihre Freiheit gegen die Marktmacht und den Einfluss von Großunternehmen verteidigt wird. Denn wenn nicht die bessere Leistung oder das bessere Produkt den Ausschlag für den Erfolg im Wettbewerb geben, sondern Marktmacht, dann wird das Prinzip der Kooperation zum gemeinsamen Vorteil außer Kraft gesetzt und es gilt das nackte Recht des Stärkeren. Soziale Marktwirtschaft ist aber kein Wild West-Kapitalismus, in dem der gewinnen soll, der die anderen rücksichtslos verdrängt. **Soziale Marktwirtschaft ist auf Leistungswettbewerb zum Vorteil aller angelegt**. Diese Regel muss verteidigt werden.

Die verantwortungsbereite Mitte Deutschlands steht zum Ethos der Leistungsgerechtigkeit. Denn sie weiß, dass sich Anstrengung auch lohnen muss, damit sie dauerhaft von allen Beteiligten aufgebracht

wird. Das **Ethos der Leistungsgerechtigkeit sichert auch gesellschaftliche Toleranz**. Denn wenn zählt, was einer kann und nicht, wie er aussieht, wo er herkommt oder woran er glaubt, dann findet Vielfalt und Anderssein automatisch Anerkennung.

Die verantwortungsbereite Mitte weiß, dass sich die Welt ständig verändert. **Sie schaut nicht wehmütig zurück, sondern gespannt nach vorne**. Sie hält nicht an Überkommenem fest, nur weil es alt ist, sondern drängt auf Fortschritt, wo er möglich ist.

Die verantwortungsbereite Mitte Deutschlands verwirklicht diese Werthaltung jeden Tag durch Kreativität und Disziplin, Anstand und Erfolgswillen, Respekt und Selbstbewusstsein, Sachlichkeit und Empathie zugleich – kurz: mit Stil. **Denn nur mit einem solchen Stil, der neben den eigenen Interessen auch die Interessen der Partner mitdenkt, lassen sich jeden Tag aufs neue Wege zu erfolgreicher Kooperation und damit neuem Wohlstand für alle finden**. Nur mit einer solchen Einstellung lassen sich dauerhaft und verlässlich die vielen Herausforderungen, denen sich die verantwortungsbereite Mitte in Beruf und Partnerschaft, bei der Erziehung ihrer Kinder, der Vorsorge für das eigene Alter und dem Engagement in Ehrenamt oder Gemeinde stellt, meistern.

## **2. Partei für die verantwortungsbereite Mitte**

Keine andere Partei erfüllt von ihrem inneren Kompass, ihren Werten, ihrem Programm her das Bedürfnis nach einer politischen Vertretung der verantwortungsbereiten Mitte so sehr wie die FDP. Deshalb haben wir bei der Bundestagswahl 2009 dieses Potential zu großen Teilen von uns überzeugen können. Danach kam es zu Rückschlägen. Sie sind aber nicht darin begründet, dass die Menschen keine liberale Politik mehr wollen oder der Liberalismus nicht mehr in die Zeit passen würde. Daher hält der Wahlforscher Reinhard Schlinkert vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap auch selbst in Anbetracht der aktuell schwierigen Lage ein Ergebnis von 9 Prozent Stimmenanteil bei der nächsten Bundestagswahl für möglich. Die Rückschläge lagen darin begründet, dass wir noch nicht alles geschafft haben, was wir uns vorgenommen hatten; dass wir durch große Herausforderungen wie der Euro-Krise oder der Energie-Wende dazu gezwungen waren, unsere Prioritäten neu zu ordnen, ohne dies immer plausibel genug erklärt zu haben; und dass wir uns manchmal auch selbst im Wege standen. **Daher war der verantwortungsbereiten Mitte in Deutschland nicht immer klar, ob wir es ernst meinen mit ihrer politischen Vertretung**.

Für den Erfolg einer Partei genügt es nicht, dass sie selbst weiß, wofür sie steht. Sie muss **ihre Mission auch in verständliche Botschaften und konkrete Projekte übersetzen**. Denn die Menschen laufen einer Partei nicht hinterher, um zu erforschen, was diese vielleicht wollen könnte. Sie verlangen aktive Aufklärung über schlüssige Konzepte, wie diese Werte in konkrete Politik umzusetzen sind. Und sie verlangen von einer Partei öffentliches Auftreten in einem Stil, der ihr Engagement für diese Werte glaubwürdig dokumentiert. **Erst die Verbindung programmatischer Kompetenz und von außen erkennbar glaubwürdigen Engagements schafft Vertrauen**.

Das gilt vor allem für eine Partei, die die verantwortungsbereite Mitte in Deutschland vertritt. Denn diese Bürgerinnen und Bürger verstehen sich nicht als Fußvolk in einer Auseinandersetzung von Ideologien, die um die Macht im Staate kämpfen. Sie vertraut einer politischen Partei nicht, bloß weil diese eine bestimmte Flagge in den Wind hält oder bestimmte Begriffe wie eine Monstranz vor sich herträgt. Die verantwortungsbereite Mitte ist weit anspruchsvoller: Sie verlangt von einer politischen Kraft, mit der sie sich identifizieren soll, nachvollziehbare Lösungsangebote für Probleme. Sie verlangt, dass diese Probleme mit Kreativität und Disziplin, Anstand und Erfolgswillen, Respekt und Selbstbewusstsein, Sachlichkeit und Empathie zugleich diskutiert und gelöst werden. Kurz: **Die verantwortungsbereite Mitte Deutschland verlangt Stil in der Politik**.

Diese Überzeugung schöpfen wir aus dem großen Vertrauen, das uns die Menschen bei der letzten Landtagswahl geschenkt haben: Gemäß unserer Überzeugung „lieber neue Wahlen als neue Schulden“ haben wir trotz politisch schier aussichtsloser Lage programmatisch konsequent die Auflösung des Landtags von Nordrhein-Westfalen und Neuwahlen erzwungen. Den Wahlkampf haben wir hart in der Sache, aber mit Stil im Umgang geführt: Wir haben Kompetenz ohne besserwisserischen Gestus dokumentiert. Wir haben Prinzipientreue gezeigt, ohne dass sie mit Querulanten verwechselt werden konnte. Unsere Positionen haben wir nicht bloß verkündet, sondern stets durch plausible Sachargumente für das Publikum nachvollziehbar begründet.

All das zeigt: Politischer Stil ist keine Nebensächlichkeit, sondern notwendige Bedingung dafür, dass die Menschen wieder die Bereitschaft aufbringen, uns zuzuhören und zu erkennen, wofür wir wirklich stehen. Der Erfolg gibt uns Recht: In nur sechs Wochen hat sich der Wahlergebnis gegenüber den Umfragen mehr als vervierfacht. Das Stimmenpotential von 9 Prozent, das uns Demoskopien derzeit zutrauen, haben wir mit unserem Ergebnis von 8,6 Prozent belegt. **Das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen ist eine Botschaft an die FDP in ganz Deutschland.**

### III. Handeln für die verantwortungsbereite Mitte

#### 1. Deutschland - stabil in der Krise

Deutschland ist vom „kranken Mann Europas“ zum Vorbild für Stabilität geworden. In erster Linie verdankt sich dieser Erfolg dem **Fleiß und der Reformbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger**. Im vergangenen Jahrzehnt haben Mittelstand und Industrie in Innovation investiert. Die Tarifpartner haben durch maßvolle Lohnsteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert, um auch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen Einstiegschancen zu eröffnen. Die Agenda 2010 hat dafür Grundlagen gelegt. Die von der FDP mitgetragene Bundesregierung hat seit 2009 eine klare Priorität für Wachstum und Beschäftigung gesetzt, die sich heute auszahlt:

- **Niemals zuvor waren mehr Menschen in Deutschland erwerbstätig:** 41,61 Millionen. Zehntausende Familien sind dadurch wieder in den Arbeitsmarkt integriert. Neben der Steigerung regulärer Arbeitsplätze ist allerdings auch die Beschäftigung im Niedriglohnbereich gestiegen: Dadurch haben vor allem Geringqualifizierte nun immerhin eine Einstiegschance, die besser ist als dauerhafte Arbeitslosigkeit.
- **Die Einnahmen des Gesamtstaates brechen alle Rekorde.** In diesem Jahr werden die Bürgerinnen und Bürger über 600 Milliarden Euro an den Fiskus überweisen. Die Kassen der Sozialversicherungen erzielen sogar Überschüsse.
- Deutschland ist die **Wachstumslokomotive in Europa**. Trotz einer Abkühlung der Weltwirtschaft wächst die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr stärker als noch zu Jahresbeginn erwartet. Die Bundesregierung rechnet in ihrer Herbstprojektion für dieses Jahr mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozent und von 1,0 Prozent im nächsten Jahr. Auch wenn sich nun eine Abkühlung der Wirtschaftsentwicklung abzeichnet, stehen wir heute besser da als alle vergleichbaren Volkswirtschaften.
- Investitionen in **Bildung**, die **soziale Absicherung** und die **Förderung von Familien** wurden seit 2009 verstärkt.

Diese Entwicklungen belegen, dass Deutschland auf dem richtigen Kurs ist: **Die Bürgerinnen und Bürger profitieren von einer marktwirtschaftlich begründeten Politik**. Mit dem Erreichten darf sich unser Land nicht zufrieden geben:

- Der **Arbeitsmarkt bleibt Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg**, weil das Wachstum in der nahen Zukunft stärker von der Binnenkonjunktur abhängen wird. Die Arbeitsmarktreformen dürfen deshalb nicht zurückgedreht werden, der Nachwuchs von Fachkräften muss gesichert werden.
- Die beschleunigte **Energiewende stellt Wirtschaftlichkeit und Sicherheit der Energieversorgung auf die Probe**. Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit darf darunter nicht leiden.
- Die gegenwärtig ausgezeichnete Finanzlage von Staat und Sozialversicherungen muss für die **Stärkung von Generationengerechtigkeit und fiskalischer Nachhaltigkeit** genutzt werden. Sie darf angesichts bestehender Zukunftsrisiken nicht leichtfertig verspielt werden.

Mehr denn je sind wir gefordert, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Wenn wir die Erfolgsgeschichte der Agenda 2010 fortschreiben wollen, brauchen wir neue Anstrengungen.

#### 2. Nordrhein-Westfalen – regiert unter seinen Möglichkeiten

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land im Herzen Europas. Von den 50 größten Unternehmen Deutschlands haben 19 hier ihren Sitz. Ein starker Mittelstand bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir verfügen über die dichteste Hochschullandschaft Europa. Trotz dieser Potenziale **entwickelt sich Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich**:

- **Der nordrhein-westfälische Arbeitsmarkt entwickelt sich weniger dynamisch als der Bundesdurchschnitt.** Während die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2012 nur um 2,8 Prozent

zurückgegangen ist (verglichen mit Vorjahresmonat März 2011), waren es im bundesweiten Durchschnitt 5,7 Prozent. In Nordrhein-Westfalen sind deshalb nach wie vor über 700.000 Menschen ohne Arbeit (7,9 Prozent).

- Während andere Bundesländer bereits mit der Entschuldung begonnen haben, **ist Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit der höchsten strukturellen Neuverschuldung**. Der Haushaltsentwurf für 2012 sieht 4,6 Milliarden Euro neue Schulden vor. Die rot-grüne Landesregierung verklärt ihre Politik auf Pump zur Staatsphilosophie. Nach aktuellen Studien wird Nordrhein-Westfalen so die Schuldenbremse des Grundgesetzes im Jahr 2020 nicht erfüllen können. In der Konsequenz wird unser Land weiter in der Abhängigkeit der Finanzmärkte verbleiben und seine Handlungsfähigkeit verlieren.
- **Die nordrhein-westfälische Wirtschaft wächst langsamer als der Bundesdurchschnitt** – 0,8 Prozent zu 1,1 Prozent im ersten Halbjahr 2012. Im aktuellen Ranking der Wirtschaftsdynamik der Länder des Instituts der deutschen Wirtschaft liegt Nordrhein-Westfalen abgeschlagen auf Platz 12. Ursache dafür sind vor allem ein geringerer Rückgang des Anteils an Arbeitslosengeld II-Empfängern, gesunkene Produktivität sowie eine unterdurchschnittliche Entwicklung der verfügbaren Einkommen. Die Wachstumsschwäche des Landes wirkt sich damit als Wohlstandsgefälle bei den Bürgerinnen und Bürgern aus: Während beispielsweise in Bayern die jährliche Kaufkraft pro Einwohner bei 21.758 Euro liegt, stehen den Nordrhein-Westfalen im Schnitt 20.132 Euro zur Verfügung.
- **Im Bildungsvergleich der Bundesländer rangiert Nordrhein-Westfalen auf Platz 13** (IW-Bildungsmonitor). Im für individuelle Aufstiegschancen zentralen Politikfeld warten die größten Aufgaben auf die Landespolitik. Die Schulqualität ist ausweislich der PISA-Studien weiter unzureichend. Die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist insbesondere unter Zuwanderern nach wie vor erschreckend hoch (12,3 Prozent). Diese Statistiken decken sich offenbar mit den Alltagserfahrungen der Menschen: In einer repräsentativen Forsa-Umfrage gaben jüngst 35 Prozent der Befragten an, die Bildungspolitik bereite ihnen in NRW die größten Sorgen.
- **Nordrhein-Westfalen droht der Verkehrsinfarkt**: Auf unseren Autobahnen bildeten sich 2011 über 59.000 Staus mit einer Gesamtlänge von 139.000 km. Obwohl der Verkehr dramatisch anwächst - Prognosen zufolge steigt der Personenverkehr auf der Straße bis 2025 um 20 Prozent – ist der Neubau von Straßeninfrastruktur de facto gestoppt.

Diese Entwicklungen sind nicht neu. Sie sind im seit den achtziger Jahren **verzögerten Strukturwandel** und in falscher Prioritätensetzung bis zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts begründet. Die schwarz-gelbe Koalition hatte seit 2005 auf **neue Dynamik durch Bürokratieabbau, Innovation, Entschuldung und Bildungsqualität** gesetzt – eine Trendwende war greifbar. Dennoch wurde diese Politik 2010 durch den Regierungswechsel zu Rot-Grün beendet.

**Die nüchterne Analyse zeigt, was viele Bürgerinnen und Bürger im Alltag spüren: Anderswo entwickeln sich die Lebenschancen besser als in Nordrhein-Westfalen.** Seit 2010 werden erkennbar keine Anstrengungen mehr unternommen, um wieder Anschluss an die erfolgreicherer Länder zu finden. Rot-Grün ist in den Status quo verliebt. Ohne Politikwechsel wird unser Land weiter an Boden verlieren. **Nordrhein-Westfalen wird unter seinen Möglichkeiten regiert – das wollen die Liberalen ändern.**

### 3. Liberale Kernthemen

Die verantwortungsbereite Mitte erwartet von der Politik keine allgemeinplatzartigen Beteuerungen oder umfassende Betreuung, sondern klare Lösungskonzepte für die Fragen unserer Zeit, die einen Handlungsrahmen für ein eigenverantwortliches Leben sichern. Die nordrhein-westfälischen Liberalen arbeiten in Bund und Land an folgenden Kernthemen:

#### 3.1 Gesunder Staat – starke Gemeinden

Die FDP will den gesunden Staat, der seine Aufgaben aus seinen Einnahmen bestreitet – das ist nachhaltige Finanzpolitik. Über Jahre wurde den Bürgerinnen und Bürgern aber neuer Wohlstand versprochen, den der Staat nur auf Pump verteilen konnte. Darüber ist er in die Abhängigkeit der

Kapitalmärkte geraten, die er eigentlich einer Marktordnung unterwerfen sollte. Diese Politik ist nicht länger vertretbar: Immer weniger Kinder erben immer höhere Schulden. **Die kommenden Generationen liegen in finanzpolitischen Ketten, aus denen wir sie befreien wollen.** Vom drohenden Verlust der Handlungsfähigkeit des Staates würden insbesondere sozial Schwache betroffen sein. Überschuldung ist zudem ein ökonomisches Risiko, weil Wachstum ausgebremst wird.

Deshalb fordern wir ein **neues Denken für Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik** und den bescheidenen Staat. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sind dazu bereit: **Laut einer aktuellen Umfrage ziehen 77 Prozent die Haushaltskonsolidierung den neuen staatlichen Leistungen vor, die beispielsweise die Ministerpräsidentin verspricht.** An die Stelle dieser Gefälligkeitspolitik setzen wir Zukunftsverantwortung: Solange die Haushalte nicht ausgeglichen sind, hat die Entschuldung des Staates für die FDP Vorrang vor neuen Staatsaufgaben – und auch vor an sich wünschenswerten Steuerentlastungen.

Wir streben baldmöglichst einen **ausgeglichen Bundeshaushalt** an – **bereits 2014 ist dies realistisch.** Für eine nachhaltige Finanzpolitik sind die von Rot-Grün geforderten Steuererhöhungen nicht erforderlich: Nicht die Einnahmen des Staates sind zu niedrig – die Erwartungen an den Staat sind zu hoch. Deshalb wollen wir die im OECD-Vergleich hohe deutsche Steuer- und Abgabenquote nicht erhöhen, sondern im Zuge der Haushaltskonsolidierung langfristig senken. Aus rot-grünen Konzepten ergibt sich zudem ein Steuersatz von über 50 Prozent: Mehr von dem Verdienst der eigenen Arbeit abgeben zu müssen, als man behalten darf – das widerspricht der Leistungsgerechtigkeit. Deshalb wollen wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes durch eine Belastungsbremse als zweite Leitplanke ergänzen, die dem **Halbteilungsgrundsatz einen Verfassungsrang** gibt.

Auch **in die nordrhein-westfälische Landesverfassung muss eine Schuldenbremse** verankert werden. Das ist unser zentrales Anliegen für die von SPD und Grünen angekündigte Verfassungsreform. Glaubwürdig ist eine Schuldenbremse in Nordrhein-Westfalen indes nur, wenn sie auch durch einen wirksamen Konsolidierungspfad unterlegt ist – die diesbezüglichen Bemühungen der rot-grünen Koalition beschränken sich hingegen auf ein „Effizienzteam“. Eine Untersuchung der Landesfinanzen durch die Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers hat jedoch belegt, dass **bereits der Verzicht auf die Ausdehnung der Staatstätigkeit** und die Reservierung der steigenden Steuereinnahmen mittelfristig einen Haushaltsausgleich ermöglichen könnten. Darüber hinaus wollen wir **Vorgaben im nordrhein-westfälischen Landesrecht an den Standards effizienter wirtschaftender Länder orientieren.** Zudem sind die Landesbetriebe wie der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Die Verschuldung der Städte und Gemeinden lässt die kommunale Selbstverwaltung leer laufen. Zins- und Tilgungslasten berauben sie um Gestaltungsmöglichkeiten für Kindergärten, Schulen, Straßen, Theater oder Schwimmbäder. Die Bürgerinnen und Bürger spüren unmittelbar die Folgen der kommunalen Finanzkrise. Ihre Gründe sind vielfältig: von der mangelnden Beteiligung des Bundes an den kommunalen Soziallasten über Ungerechtigkeiten im kommunalen Finanzausgleich der rot-grünen Landesregierung bis hin zu hausgemachten Problemen vor Ort. Damit wir auch in Zukunft in lebenswerten und leistungsfähigen Kommunen leben können, setzt sich die FDP deshalb für den **Abbau der Kommunalverschuldung und eine auskömmliche Finanzierungsgrundlage für unsere Städte und Gemeinden** ein. Der unter der Beteiligung der FDP entwickelte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ soll weiterentwickelt werden, um die notleidenden Kommunen zu einem Konsolidierungskurs zu veranlassen und sie gleichzeitig zu befähigen, strukturelle Reformen – auch durch mehr interkommunale Zusammenarbeit – vorzunehmen. Eine **grundlegende Gemeindefinanzreform** bleibt aber unerlässlich: Unverändert halten wir die Ersetzung der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer sowie durch ein eigenes Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer für sinnvoll. Die FDP setzt sich zudem für die Verlängerung der Amtszeit der Bürgermeister auf acht Jahre ein, weil hierdurch stabile kommunale Verhältnisse geschaffen werden und dies bessere **Anreize für Experten aus Wirtschaft und Gesellschaft** bietet, sich für die Wahl zum Bürgermeister zu bewerben – die geplante erneute Zusammenlegung von Kommunal- und Bürgermeisterwahl widerspricht diesem Ziel.

### **3.2 Soziale Marktwirtschaft für Wohlstand und soziale Sicherheit**

Die beste soziale Absicherung ist ein qualifizierter Arbeitsplatz in einem erfolgreichen Betrieb – das ist das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft.



Wir wollen deshalb eine **marktwirtschaftliche Offensive für Nordrhein-Westfalen**, um die Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir bauen auf die Innovationskraft von Mittelstand und Industrie. Ihnen wollen wir beste Standortbedingungen bieten. In Nordrhein-Westfalen werden aber gerade kleine und mittlere Betriebe durch neu geschaffene Bürokratie – Beispiel Tariftreuegesetz – sowie durch erfolgte oder angekündigte Steuer- und Abgabenerhöhungen belastet. Wir beobachten die Ausweitung der unternehmerischen Tätigkeit der öffentlichen Hand. Im Energiebereich will die Landesregierung Investitionen vom grünen Tisch aus lenken. Das geplante Klimaschutzgesetz der Grünen droht dem Standort Nordrhein-Westfalen Entwicklungschancen zu nehmen, ohne wirklich dem Klimaschutz zu dienen. **Wir wollen dagegen konsequent auf neue Belastungen und Bürokratie verzichten und bestehende wieder abbauen.** Seine eigenen und die vom Land verwalteten europäischen Förderprogramme (EFRE) sind konsequent auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu fokussieren.

Private Haushalte und die Wirtschaft sind auf eine verlässliche, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung angewiesen. Gerade die Wettbewerbsfähigkeit des Industrielandes Nordrhein-Westfalen ist unmittelbar von der Energiepolitik abhängig. **Wir wollen die Energiewende zum Erfolg führen, indem wir die Kräfte des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zulassen:** Der Staat kann den Rahmen vorgeben, aber er darf das Streben nach Innovation und Kosteneffizienz nicht durch planwirtschaftliche Vorgaben und hochsubventionierte Preise ausschalten. Der Energiemix der Zukunft soll sich im Markt herausbilden. Dafür arbeiten wir an einem **Systemwechsel in der Förderung Erneuerbarer Energie.**

Unsere Wirtschaft braucht leistungsfähige Finanzmärkte, aber viel zu lange konnten die Finanzmärkte ein von der realen Wertschöpfung abgekoppeltes Eigenleben führen. **Wir wollen die Finanzmärkte in ihre dienende Rolle zurückführen.** Unbeherrschbare Risiken im Markt begrenzen Liberale nicht durch Reglementierung im Detail und pauschale Bankenscheitler, sondern **durch klare Regeln zu Haftung und Transparenz:** Wer schlecht wirtschaftet, muss aus dem Wettbewerb durch Bankeninsolvenz ausscheiden – das deutsche Bankenrestrukturierungsrecht ist eine Blaupause für Europa. Kapitalmarktgeschäfte gehören prinzipiell auf öffentlich beaufsichtigte Handelsplattformen im Sinne eines Börsenzwangs. Schattenbanken wie Hedgefonds außerhalb der Finanzmarktaufsicht darf es nicht länger geben. Es muss bei komplexen Produkten durch Identifikationsnummern für Vertragsparteien erkennbar sein, wer welches Risiko trägt. International agierende Großbanken brauchen das Gegenüber einer europäischen Bankenaufsicht - kleine und mittlere Institute müssen wir dagegen vor übermäßiger Bürokratie schützen. Unsere Vorschläge zur Finanzmarktordnung sind ein Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft.

Die großen Fortschritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verdanken sich in besonderer Weise der **Flexibilisierung des Arbeitsmarkts** durch die Agenda 2010. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Insbesondere die Politisierung der Lohnfindung durch allgemeine Mindestlöhne lehnen wir weiter ab. Dort aber, wo es „soziale Verwerfungen“ in einzelnen Branchen gibt, wird die FDP die Festlegung von Lohnuntergrenzen weiter mittragen. Dazu waren bislang die geltenden Gesetze stets ausreichend. In der Perspektive arbeiten wir an der Umsetzung unseres **liberalen Bürgergeldmodells**, das alle Sozialleistungen in einem Transfer bündelt und die Aufnahme von Arbeit honoriert.

### **3.3 Vorrang für faire Chancen, Bildungsqualität und Innovation**

Die Verbesserung der Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen ist die **zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit**, denn die individuelle Qualifikation und praktische Lebenstüchtigkeit im Alltag entscheiden über Aufstiegschancen. Die trotz erkennbarer Bemühungen nach wie vor in Nordrhein-Westfalen zu hohe Zahl von Schul- und Ausbildungsabbrechern führt zu sozialen Fliehkräften in unserer Gesellschaft. Deutschland kann als wissensbasierte Dienstleistungs- und Industrienation zudem nur als „Bildungsrepublik“ seine Wettbewerbsposition in der Welt behaupten. Deshalb haben **Bildung und Innovation für die FDP politisch und finanziell Vorrang.**

Für die FDP steht die individuelle Entfaltung aller Persönlichkeiten im Zentrum der Bildungspolitik. Das umfasst Unterstützung für schwächere Schülerinnen und Schüler ebenso wie die gezielte Förderung besonders Begabter – beide Aufgaben sind für uns gleichrangig. Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist für Liberale eine zivilisatorische Errungenschaft. Die **Inklusion** gehört zu den größten bildungspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre, bei der die Kommunen als Schulträger auf Unterstützung angewiesen sind. Über den besten Förderort – Regelschule oder spezialisierte Förderschule – muss im Einzelfall strikt nach dem Kindeswohl entschieden werden.

Wir bekennen uns klar zu dem ab 2013 geltenden **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren**. Das Versprechen, das die Politik den Familien gegeben hat, muss eingehalten werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass der U3-Ausbau zügig mit einem bedarfsgerechten, unbürokratischen und transparenten Konzept gefördert wird. Keinesfalls darf es dabei zu einem Abbau von Qualität kommen, weil Rot-Grün statt für Platz- und Qualitätsausbau 150 Millionen Euro verfrüht für die langfristig wünschenswerte Beitragsfreiheit eines Kindergartenjahres eingesetzt hat. Im Gegenteil streben wir zur Qualitätsentwicklung beispielsweise an, dass die **Leitungskräfte der Kindertageseinrichtungen zukünftig über einen pädagogischen Hochschulabschluss** oder eine vergleichbare Qualifikation verfügen.

Die regionalen Schullandschaften müssen sich an den veränderten Elternwillen und den demographischen Wandel anpassen – das hat die nordrhein-westfälische FDP früh erkannt. Wir stellen uns deshalb nicht gegen die Verbindung von Haupt- und Realschulen, wo dies vor Ort nötig und gewünscht ist. Wir führen keinen Kampf gegen Sekundar- und Gesamtschulen – aber wir setzen uns dafür ein, **dass Gymnasien und Realschulen dieselben fairen Rahmenbedingungen erhalten**. Der von Rot-Grün und CDU geschlossene Schulkonsens benachteiligt in der Praxis diese erfolgreichen und beliebten Schulformen bei Lehrerversorgung, Klassengrößen, pädagogischer Weiterentwicklung und dem Zugang zu Ganztagsangeboten.

Zur Steigerung von Chancengerechtigkeit und Bildungsqualität setzen wir auf ein **Schulfreiheitsgesetz**: Praktiker vor Ort wissen am besten, wie sie Kinder und Jugendliche individuell fördern und wie knappe Ressourcen dazu bestmöglich einzusetzen sind: Liberale wollen ermöglichen statt steuern. Schulleiterinnen und Schulleiter sind in ihrer personellen Führungsverantwortung und finanziellen Gestaltungsfreiheit deutlich zu stärken. Die engagierten Lehrerinnen und Lehrer dürfen mit ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag nicht allein gelassen werden. Entscheidend für den Bildungserfolg ist nicht die Schulstruktur, sondern die Qualität des Unterrichts und die Motivation der Lehrenden: Für die Weiterqualifikation wollen wir deshalb neue Konzepte entwickeln, etwa das Angebot eines **Fortbildungssemesters an Hochschulen für Schulpraktiker**.

Das liberale **Hochschulfreiheitsgesetz** hat einen Schub an Kreativität freigesetzt und Universitäten und Fachhochschulen für Anregungen von außen geöffnet. Zu Recht wehren sich die Hochschulen gegen rot-grüne Pläne, die gewonnene Autonomie wieder einzuschränken. Wir wollen diese Politik stattdessen fortsetzen und die Kooperation von Hochschulen mit außeruniversitärer Forschung, mit Einrichtungen der Grundlagenforschung des Bundes und mit Unternehmen weiter intensivieren – in diesen **Innovationsnetzwerken** wird für den Wohlstand der Zukunft geforscht. Die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen wollen wir im Bund durch die **unbürokratische steuerliche Forschungsförderung** stärken.

Für die Verbesserung der Qualität des Studiums halten wir am nordrhein-westfälischen **Studienbeitragsmodell** fest, durch das die Unterstützung der Studierenden verbessert wurde. Unter seiner Abschaffung leiden nun ausgerechnet diejenigen, die beispielsweise durch Tutorien gefördert werden konnten.

Der deutsche **Bildungsföderalismus** muss reformiert werden. Mobilität und Vergleichbarkeit zwischen den Ländern sind genauso zu erleichtern wie die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern, wie es die Bundesregierung mit einer Änderung des Artikels 91b des Grundgesetzes im Wissenschaftsbereich anstrebt. Die Kultusministerkonferenz wollen wir zu einer Bildungskonferenz weiterentwickeln.

### **3.4 Für eine offene Gesellschaft selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger**

Selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, nicht Untertanen verwirklichen jeden Tag die freiheitliche Gesellschaft. Die FDP verlangt deshalb **Respekt für Freiheit, Selbstbestimmung und Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger**. Wir stehen für eine Gesellschaft der Toleranz und Vielfalt ohne Bevormundung von oben.

Wir setzen uns für den Schutz der Bürgerrechte ein. Dazu gehört, dass wir im Bund die **Trendwende in der Innen- und Rechtspolitik** fortsetzen, die wir bei Vorratsdatenspeicherung, Netzsperrern, ELENA und der Entrümpelung des Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetzes bereits erreicht haben: Hin zu mehr grundrechtsschonender Effizienz bei Sicherheitsarchitektur und Ermittlungsarbeit; weg von immer mehr Grundrechtseingriffen, die wenig Sicherheit bringen, aber viel Freiheit kosten.

Privatsphäre ist Bürgerrecht. Das gilt gerade auch in der digitalen Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für **modernen Datenschutz** ein, der einerseits ein hohes Schutzniveau gewährleistet, aber andererseits auch technikoffen und dadurch rechtssicher ausgestaltet ist. Es kann nicht sein, dass jede technologische Neuerung immer neues Recht nach sich zieht. Diese Maßstäbe werden wir auch an die Vorschläge für ein europäisches Datenschutzrecht anlegen.

Viele kleine und große Nadelstiche kosten die Bürgerinnen und Bürger im täglichen Leben konkrete Freiheit. Wir wenden uns **gegen die Verbotskultur gerade in Nordrhein-Westfalen**, die die Bürgerinnen und Bürger durch gesetzlichen Zwang erziehen möchte – von der unnötigen Einschränkung des Ladenschlusses bis zum rigorosen Rauchverbot selbst in geschlossenen Gesellschaften.

Die Vielfalt in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen nimmt zu – sei es in ethnischer, religiöser oder kultureller Hinsicht. Alle Einwohner unseres Landes müssen darauf vertrauen können, dass vor dem Gesetz alle gleich sind und das Gesetz jedermann gleichermaßen schützt. Das Versagen der Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen gegen die Mörder des Nationalsozialistischen Untergrundes hat dieses Vertrauen schwer erschüttert. Die schweren Ermittlungsspannen müssen intensiv analysiert und daraus zügig **Konsequenzen für die deutsche Sicherheitsarchitektur** gezogen werden.

Wer die Chancen der steigenden Vielfalt nutzen möchte, braucht eine **überzeugende Integrationsstrategie**. Sie ist nicht mildtätige Geste, sondern kann helfen, zentrale Herausforderungen unseres Landes wie etwa Fachkräftemangel oder demographischen Wandel zu meistern. Dazu wollen wir ein klares Leitbild entwickeln, das Zuwanderern den Weg zum eigenverantwortlichen Staatsbürger mit vollen Rechten und Pflichten weist. Dabei gilt es, sowohl fremdenfeindlichen Reflexen als auch verklärender Problemlblindheit vorzubeugen. Wir setzen auf den Einzelnen, der nach unserem Grundgesetz das Versprechen einfordern kann, dass jeder Einwohner – unabhängig von Herkunft, Abstammung und Religion – die Chance hat, in Deutschland sein Glück zu verwirklichen.

Respekt vor dem Engagement der Bürger bedeutet auch, die Institutionen der repräsentativen Demokratie für Vorschläge aus der Bürgerschaft zu öffnen. Wir setzen uns daher beispielsweise für ein **Bürgerplenarverfahren** ein. Danach sollen Massenpetitionen, deren Unterstützung angemessene Schwellenwerte überschreiten, nicht nur in einem Petitionsausschuss, sondern im regulären Parlamentsverfahren beraten werden.

### 3.5 Verantwortung für Europa

Die verantwortungsbereite Mitte empfindet pro-europäisch. Sie weiß, dass Europa der Weg ist, um Erfindungsreichtum, freie Märkte und offene Handelswege, von denen unser Wohlstand abhängt, in einer sich rasant verändernden Welt zu sichern. Sie weiß, dass Europa der Weg ist, um weltweit effektiv für Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie einzustehen. Denn in Anbetracht der weltweiten Verschiebung politischer und wirtschaftlicher Gewichte sind die Staaten Europas darauf angewiesen, ihre Kräfte zu bündeln, wenn sie gestalterischen Einfluss in der Welt behalten möchten. Daher erwartet die verantwortungsbereite Mitte eine seriöse Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise nicht um den Preis, sondern unter der Bedingung der **Einheit Europas**.

Maßstab unseres Handelns für die Zukunft muss stets die Lösung der Probleme der Gegenwart, nicht die Vergeltung für Fehler der Vergangenheit sein. Die deutsche Politik hat nicht das Amt eines Scharfrichters über andere, sondern eines **Sachwalters unserer deutschen und europäischen Interessen**.

Ein zentrales deutsches und europäisches Interesse ist die Stabilität der Währung. Denn **Inflation vernichtet Wohlstand**, enteignet Sparer und kostet Vertrauen in die eigene Altersvorsorge. Die deutsche Politik muss daher bei allen Maßnahmen, die im Rahmen der Euro-Stabilisierung diskutiert werden, immer auf die Begrenzung der Inflationsgefahr drängen. Auch in der Krise des Euro gilt dabei: Man hilft den Schwachen nicht, indem man die Starken schwächt. Daher lehnen wir Euro-Bonds ab, weil sie insbesondere Deutschland, seine Länder und Kommunen massiv belasten würden, ohne für eine Lösung der strukturellen Probleme des europäischen Währungsraumes zu sorgen.

Handlungsfähigkeit und Effizienz von Entscheidungen im Rahmen der Euro-Krise dürfen nicht gegen die demokratische Legitimation ausgespielt werden. Europa hat nur eine Zukunft mit **demokratisch legitimierten Institutionen**. Daher unterstützen wir Außenminister Guido Westerwelle bei seinen Initiativen, um die Rolle des europäischen Parlaments bei Gesetzgebung und Kontrolle der Kommission zu stärken. Zugleich muss Europa auch ein Europa der mitgliedstaatlichen Parlamente bleiben. Daher muss dem Subsidiaritätsprinzip in Zukunft stärker Rechnung getragen werden.

## IV. Die FDP im Wettbewerb

### 1. Raum für die Liberalen

Wir wollen das Vertrauen der verantwortungsbereiten Mitte gewinnen. In Nordrhein-Westfalen werden wir uns in den nächsten zwei Jahren gleich mehrfach dem Wettbewerb stellen – bei Bundestagswahlen, Kommunalwahlen und Europawahlen. Wir sind davon überzeugt, dass wir dabei erfolgreich sein werden. Denn der politische Wettbewerb lässt zentrale Fragen unbeantwortet und bietet der FDP damit viel Raum, um die verantwortungsbereite Mitte von sich zu überzeugen:

- Mit der **CDU/CSU** arbeiten wir im Bund für Deutschland erfolgreich zusammen. Die Koalition sorgt für einen harten Euro, einen außerordentlich robusten Arbeitsmarkt und Fortschritte bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts. Trotz unverändert großer Gemeinsamkeiten müssen viele Erfolge der FDP aber hart erarbeitet werden – unser Partner zieht in der Innenpolitik oft das Populäre dem Notwendigen vor. Vor allem auf die Stärkung von Selbstbestimmung, Entbürokratisierung, Entlastung und Wettbewerb zielen Reformvorhaben sind schwer durchsetzbar, weil der marktwirtschaftlich orientierte Flügel der Union Köpfe und Einfluss verloren hat. Ihre gegenwärtige Stärke beruht auf der Popularität der Bundeskanzlerin.

In Nordrhein-Westfalen hat die CDU nach ihrer Niederlage bei der vergangenen Landtagswahl noch keine einheitliche Linie gefunden. Beispielsweise werden Projekte wie die sozial verträglichen Studienbeiträge der früheren christlich-liberalen Koalition erst abgelehnt, dann wieder unterstützt. Nach wie vor trägt die Union den mit Rot-Grün geschlossenen „Schulkonsens“ mit, obwohl in der Praxis eine empfindliche Benachteiligung der beliebten und erfolgreichen Gymnasien und Realschulen erkennbar wird. Die Spitze der Landtagsfraktion ist eher auf bürgerliche Politik orientiert, vertritt aber gleichzeitig eine sozialdemokratische Sozialpolitik. Die Spitze der Landespartei versucht hingegen seit Kurzem das marktwirtschaftliche Profil der Union zu schärfen, neigt aber gleichzeitig schwarz-grünen Bündnissen zu. **Die Richtungs- und Führungsfrage ist offen.**

- Im Bund hat sich die **SPD** schrittweise von der Politik der Agenda 2010 entfernt: Sie setzt wieder stärker auf den umsorgenden Staat, auf Umverteilungsrhetorik und planende Politik. Daran hat auch die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten bislang nichts geändert: Peer Steinbrück führt nicht die SPD, sondern die SPD führt Peer Steinbrück.

In Nordrhein-Westfalen hat die frühere sozialliberale Koalition die Landesverwaltung modernisiert, eine an Wachstum orientierte Wirtschaftspolitik verfolgt und Aufstiegschancen für Millionen Menschen durch die „Bildungsexpansion“ geschaffen. Auch heute bestehen beispielsweise in Aspekten der Energie-, Gesellschafts- und Infrastrukturpolitik noch Gemeinsamkeiten zwischen FDP und SPD. Der Landesregierung diktiert allerdings die Grünen mit ihren Steckenpferden die Agenda – von der Energiepolitik bis zum rigorosen Rauchverbot. **Die SPD hat sich auf Kosten des eigenen Profils im Bund und in Nordrhein-Westfalen an die Grünen gekettet.** Progressive Sozialdemokraten wie Wolfgang Clement haben sich darüber von ihrer Partei entfremdet. Beispielsweise die Kritik aus Industriegewerkschaften am grünen Klimaschutzgesetz zeigt Spannungen, die von der Popularität der Ministerpräsidentin noch überstrahlt werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Zielkonflikte durch die zur Haushaltskonsolidierung erzwungene Neuverteilung von Ressourcen wie 2003 aufbrechen. Damals hat Ministerpräsident Peer Steinbrück einen Politikwechsel zur sozialliberalen Option nicht durchsetzen können – mit der Konsequenz seiner Abwahl 2005.

- Die **Grünen** sind trotz ihrer hohen Umfragewerte keine „grüne Volkspartei“, sondern eine linke Vertretung eng umrissener Interessen und Weltanschauungen. Sie haben es geschickt verstanden, ihre parteipolitischen Ziele im gesellschaftlichen Diskurs als „Gemeinwohl“ zu etikettieren. Programmatische Widersprüche werden verdeckt, wenn sie eigenen Interessen dienen, wie der „Veteran der Windindustrie“, Fritz Vahrenholt, mit Blick auf Windenergie im Wald kritisiert: „Das ist eine Katastrophe. Man braucht eine 6 Meter breite befestigte Straße zur Windkraftanlage und um die Anlage selbst muss eine mehrere Hektar große Freifläche geschlagen werden.“

Politisch steht die grüne Partei für das Gegenteil dessen, worauf es der verantwortungsbereiten Mitte der Wählerinnen und Wähler und uns Liberalen ankommt. „Die Grünen akzeptieren bis

heute weitgehend nur ihr eigenes, eher monolithisches Wertesystem“ (Manfred Güllner) – wir stehen für Toleranz. Die Grünen praktizieren mit einem Gestus moralischer Überlegenheit Zeigefinger-Politik, die Menschen in Schablonen des vermeintlich guten Lebens zwingen soll – wir stehen für Selbstbestimmung und Vielfalt. Für die Grünen ist der Staat ein Instrument, um ihre Interessen durch Subventionen oder Gesetzesbefehl durchzusetzen – wir wollen den bescheidenen Staat, der die Bürgerinnen und Bürgern nicht kommandiert, sondern ihnen dient. Die Grünen sehen in neuen Technologien zuerst die Risiken – wir wissen um die Bedeutung von Innovation für Wohlstand und sozialen Fortschritt. Für die Grünen ist Freiheit vor allem anfällig für Missbrauch – für uns ist individuelle Freiheit in Verantwortung das Fundament einer offenen Gesellschaft. **In der Auseinandersetzung um gesellschaftspolitische Meinungsführerschaft ist die grüne Ideologie der Antagonist des Liberalismus und ist die grüne Partei der Hauptwettbewerber der FDP.**

- Die **Piratenpartei** hat dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer weniger ritualisierten Politik zeitweilig eine Heimat gegen. Ein Teil der Wählerschaft der Piratenpartei teilt unser liberales Lebensgefühl: Sie verbinden Offenheit für Technik und Fortschritt mit dem Wunsch nach Individualität und Privatsphäre. Viele dieser Menschen enttäuschen die Piraten durch einen politischen Drift nach links, konzeptionelle Leere, das Missverständnis zwischen „anderer Politik“ und „Anti-Politik“ und eine Einzelmeinungen unterdrückende „Shitstorm“-Kultur. Auch im Landtag Nordrhein-Westfalen haben die Piraten bislang keine Akzente setzen können.

## 2. Strategie der Eigenständigkeit

Als **eigenständige liberale Gestaltungspartei** beschreiben wir Unterschiede zu anderen da, wo es nötig ist, und suchen souverän Gemeinsamkeiten dort, wo es möglich ist.

Wir sind **zuerst die liberale Partei** mit einem Wächteramt für Soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz, erst **danach sind wir ein potenzieller Koalitionspartner**. Wir sind die Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger, die ihre Freiheit lieben, die Verantwortung für sich und andere übernehmen und die Bevormundung ablehnen – für die verantwortungsbereite Mitte. Wir formulieren unsere Konzepte aus sozialer Verantwortung und ethischen Motiven, aber wir achten bei der Umsetzung auf Verhältnismäßigkeit und Vernunft.

Bei der Landtagswahl 2012 haben wir auf eine Koalitionsaussage verzichtet, bei anderen Gelegenheiten kann sie dagegen sinnvoll und erforderlich sein. **Koalitionsaussagen wird die nordrhein-westfälische FDP nicht nach dem Ausschlussverfahren treffen, sondern aufgrund der größten Gemeinsamkeiten mit einem potenziellen Regierungspartner.** Eine Richtungsanzeige sollte aber nicht die Suche nach alternativen Wegen ausschließen, den Willen unserer Wählerinnen und Wähler umzusetzen und unsere Ziele in der Sache zu erreichen, wenn eine angestrebte Koalition keine Mehrheit findet.

Mit diesen Positionen und mit diesem Stil wollen wir das Vertrauen der verantwortungsbereiten Mitte gewinnen – bei Bundestagswahl, Kommunalwahlen und Europawahl. Für den Wettbewerb sind wir gerüstet:

- Wir stellen gleich zwei Bundesminister, deren Leistungen die Öffentlichkeit gerade in den letzten Wochen immer stärker anerkennt: Bundesaußenminister **Guido Westerwelle** steht sowohl für die Weiterentwicklung der Europäischen Union in Richtung auf ein Europa der Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit, als auch für den Vorrang diplomatischer Lösungen vor militärischem Eingreifen bei internationalen Konflikten. Bundesgesundheitsminister **Daniel Bahr** steht für mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und die ersten erfolgreichen Kostensenkungsmaßnahmen im Gesundheitssystem, die nicht zulasten der Patientinnen und Patienten gingen.
- Unsere 20-köpfige Landesgruppe im Deutschen Bundestag unter der Führung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Gisela Piltz** ist die größte FDP-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und in der Geschichte der FDP. In einem so zentralen Thema wie der Euro-Stabilisierung stellt die Landesgruppe den federführenden Berichterstatter **Otto Fricke**.
- Die FDP-Landtagsfraktion mit ihren 22 Mitgliedern ist eine der stärksten liberalen Fraktionen der Landesgeschichte. Die Prinzipienfestigkeit der von **Gerhard Papke** geführten Vorgängerfraktion

hat unsere Glaubwürdigkeit im zentralen Feld der Haushaltspolitik unterstrichen. Unter Führung von **Christian Lindner** nehmen wir jetzt gestärkt unsere Oppositionsrolle wahr – mit Engagement, aber konstruktiv. In der Finanz-, Schul-, Energie- und Bürgerrechtspolitik sind wir der klarste Kontrast zu Rot-Grün.

- In einer Zeit, in der europäische Themen die politische Agenda maßgeblich beeinflussen, stellt die nordrhein-westfälische FDP die maßgeblichen Politiker der FDP-Gruppe im Europäischen Parlament: den Vorsitzenden dieser Gruppe, **Alexander Graf Lambsdorff**, und dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, **Alexander Alvaro**.
- Die FDP ist in Nordrhein-Westfalen nahezu flächendeckend mit kommunalen Fraktionen vertreten. Unsere gut **1.600 kommunalen Mandatsträger** engagieren sich ehrenamtlich für ihre Heimatgemeinde und unsere liberalen Prinzipien. Als seriöse und verlässliche Ansprechpartner vor Ort geben sie der FDP ein Gesicht. Sie sind das Rückgrat unserer Arbeit auf den übergeordneten Ebenen. Landesverband, Landtagsfraktion und Landesgruppe werden unsere Kommunalpolitiker deshalb mit ganzer Kraft in ihrem Wahlkampf unterstützen.
- Die **Jungen Liberalen** sind Motor der politischen Entwicklung der FDP. Zusammen mit der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker, Liberalen Frauen, Liberalem Mittelstand, Liberalen Senioren, Liberalen Hochschulgruppen, Liberalen Ärzten und Liberalen Juristen bilden sie das starke **Vorfeld**, mit dem wir die Zusammenarbeit weiter intensivieren wollen.

Wir wollen diese Kräfte bündeln, um **geschlossen** unsere Chance zu suchen.